

### Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **RWTH Aachen Campus GmbH.** Baukonzession Forschungsgebäude.  
Baukonzession für Entwicklung, Planung, Bau, Finanzierung und Vermietung von Büro- und Seminarflächen sowie Laboreinrichtungen mit ergänzenden Infrastrukturf lächen (Mantelnutzungen) für das Forschungscluster Bio-Medizintechnik auf dem Campus Melaten. Das Forschungscluster wird auf diesem Baufeld insgesamt mit einer Fläche von ca. 25.500 m<sup>2</sup> Geschossfläche ausgewiesen. In einer ersten Cluster-Entwicklungsphase werden ca. 5.000 m<sup>2</sup> Mietfläche sowie Mantelnutzungen in einer Größenordnung bis maximal 1.000 m<sup>2</sup> benötigt. Als Mantelnutzungen sind bspw. gastronomische Betriebe, Handel- und Dienstleistungsbetriebe sowie Technologie- und forschungsorientierte Dienstleistungsbetriebe erwünscht.  
Schlusstermin für die Einreichung der Bewerbungen: 15.8.2011.  
**Quelle:** <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:193142-2011:TEXT:DE:HTML>

### Vorinformationen

- **Stadt Friesoythe (Niedersachsen).** Allwetterbad.  
Der Friesoyther Stadtrat hat am 04.07.2011 beschlossen, das neue Allwetterbad im Rahmen eines PPP-Modells (Planung, Bau, Finanzierung und Instandhaltung) zu realisieren. Die Kostenobergrenze wird auf 6,3 Mio. Euro (netto) festgelegt. **Quelle:** <http://www.nwzonline.de/Region/Kreis/Cloppenburg/Friesoythe/Artikel/2640547/Keine-%FCberdachte-Badewanne.html>  
Die Einsparpotenziale des PPP-Modells werden auf 8-13% geschätzt. Da das Allwetterbad zu einem wesentlichen Teil als Schulschwimmbad errichtet wird, soll ein Baukostenzuschuss in Höhe von 5 Mio. Euro gewährt werden. **Quelle:** Beschlussvorlage 165/2011 vom 09.06.2011.
- **Lutherstadt Wittenberg.** Feuerwache.  
Der Wittenberger Stadtrat hat am 29.06.2011 beschlossen, die Errichtung einer neuen Feuerwache in Wittenberg-West im Verfahren eines ÖPP-Inhabermodells zu realisieren.  
**Quelle:** [http://www.supersonntag-web.de/scms\\_show\\_data.php?mode=detail&category=25&entry=13826](http://www.supersonntag-web.de/scms_show_data.php?mode=detail&category=25&entry=13826)  
Nach der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist die ÖPP-Realisierung um 7,5% günstiger als die Eigenrealisierung. **Quelle:** Beschlussvorlage 026/2011 1. Änderung vom 16.06.2011.
- **Stadt Krefeld.** Feuerwache.  
Seit Jahren wird auch in Krefeld über den Neubau der Hauptfeuerwache diskutiert. Eine in 2010 vorgelegte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung kam zu dem Ergebnis, dass eine PPP-Realisierung um 19% günstiger käme als eine konventionelle Eigenrealisierung. Das vorgesehene Grundstück am Güterbahnhof hat die Stadt bereits vor einem Jahr erworben (vgl. <http://www.krefeld.de/C1257455004E4FBF/html/9214ACE9BD06696DC125775E0051397A?openDocument>).  
Aktuell berichtet die Rheinische Post über das Projekt: <http://www.rp-online.de/niederrhein-sued/krefeld/nachrichten/feuerwehr-stadt-bleibt-eigentuemer-1.1318482>
- **Gemeinde Lohra (Hessen).** Feuerwehrgerätehaus.  
Mitte Juni 2011 haben sich die Gemeindevertreter der Gemeinde Lohra auf den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses verständigt. Das Projekt soll im Rahmen einer PPP realisiert werden, wobei auch noch andere Möglichkeiten geprüft werden sollen.  
**Quelle:** <http://www.giessener-anzeiger.de/lokales/aus-der-nachbarschaft/lohra/10859197.htm>

### Zuschlagserteilungen

- **Land Hessen.** Behördenzentrum Heppenheim.  
Im Rahmen einer PPP hat das Hessische Immobilienmanagement als operativer Projektleiter des Landes in einem europaweiten Vergabeverfahren den Investor für das erste Passivhaus-Behördenzentrum in Hessen ausgewählt. Die **Goldbeck GmbH** wird das Behördenzentrum in Heppenheim bauen. Die Baukosten liegen bei rd. 24 Mio. Euro, die Gesamtkosten um 17% unter denen eines Eigenbaus. **Quelle:** <http://www.hmdf.hessen.de/> (Pressemitteilung vom 16.06.2011)

- **HOCHTIEF.** Schulprojekt in Großbritannien.  
Ein Konsortium um die **HOCHTIEF PPP Solutions (UK)** hat vom Halton Borough Council den Auftrag erhalten, zwei Schulen zu planen, zu finanzieren, zu bauen und zu betreiben. Der Vertrag hat über die Laufzeit von 27 Jahren ein Gesamtvolumen von etwa 181 Mio. Euro. Das Investitionsvolumen liegt bei ca. 63,4 Mio. Euro. **Quelle:** <http://www.hochtief.de/hochtief/200.jhtml?pid=8844>

#### Weitere Informationen

- **Land Brandenburg.** Übersicht ÖPP-Projekte.  
In einer Kleinen Anfrage der FDP im Landtag Brandenburg ist u. a. nach der Anzahl der ÖPP-Projekte in Brandenburg und den Mitteln aus dem Landeshaushalt für ÖPP-Projekte gefragt worden. Aus der Antwort der Landesregierung geht hervor, dass es in Brandenburg zwei Landes-ÖPP-Projekte (Neubau MdF und Neubau Landtag) sowie 12 kommunale ÖPP-Projekte gibt  
**Quelle:** [http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab\\_3400/3401.pdf](http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_3400/3401.pdf)
- **VIFG.** Finanzmarktbericht Juni 2011 zu ÖPP-Projekten.  
Die VIFG hat die aktuelle Ausgabe ihres Finanzmarktberichts zu ÖPP-Projekten (insb. Bundesverkehrswege) online gestellt. Er beleuchtet u. a. aktuelle ÖPP-Entwicklungen in Europa und das Finanzierungsumfeld für ÖPP-Projekte. Zum Download unter:  
<http://www.vifg.de/downloads/service/2011-Juni-Finanzmarktbericht-zu-OePP-Projekten.pdf>
- **Verein PPP Schweiz.** Publikationen.
  - **Jahresbericht 2010.**  
Der Verein PPP Schweiz hat den Jahresbericht für 2010 veröffentlicht, in dem er über die Aktivitäten seine Tätigkeiten umschreibt. Zum Download unter:  
<http://www.ppp-schweiz.ch/de/verein-ppp-schweiz/ueber-uns/>
  - **Praxisleitfaden PPP Schweiz Hochbau.**  
Im Auftrag des Vereins PPP Schweiz haben rd. 80 Fachleute die Erkenntnisse rund um die Verwirklichung des PPP-Pilotprojekts „Kantonales Verwaltungszentrum Neumatt Burgdorf“ analysiert, weiterentwickelt und zum „Praxisleitfaden PPP Schweiz Hochbau“ verdichtet. Weitere Bezugsinformationen unter: <http://www.ppp-schweiz.ch/de/verein-ppp-schweiz/ppp-news/>
- **Europäische Investitionsbank (EIB) / PartnerRegio.** 400 Mio. Euro Rahmendarlehen.  
Für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur stellen die Europäische Investitionsbank (EIB) und PartnerRegio je zur Hälfte ein Rahmendarlehen in Höhe von insgesamt 400 Mio. Euro bereit. Damit sollen vor allem PPP-Projekte umgesetzt werden.  
**Quelle:** [http://www.partner-regio.de/fileadmin/ppp/dokumente/PM\\_EIB\\_PartnerRegio110617.pdf](http://www.partner-regio.de/fileadmin/ppp/dokumente/PM_EIB_PartnerRegio110617.pdf)

#### Veranstaltungshinweis

- **Round-Table PPP und Kitas.**  
Der Verein „PPP in Hessen und Thüringen“ veranstaltet gemeinsam mit der ÖPP Deutschland AG in Frankfurt am Main ein Round-Table-Gespräch zum Thema „PPP und Kitas“. Weitere Infos unter:  
<http://www.akh.de/npf/site/Page?idPage=1982&idContent=12783>

#### PPP-Portal

- **PPP-Musterverträge.**  
Auf unserer Internetseite <http://www.ppp-portal.de/> bieten wir Ihnen Zugang zu PPP-Musterverträgen, die Sie – abschnittsweise oder in Gänze – für Ihre eigenen geplanten PPP-Projekte nutzen und übernehmen können. Für Öffentliche Auftraggeber ist der Zugang (nach vorhergehender Registrierung) kostenfrei. Von anderen Nutzern wird ein Jahresbeitrag in Höhe von 150,- Euro (netto) erhoben.

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie  
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 6703-280  
Fax: 0211 / 6703-282  
[E.Paulsen@BWI-Bau.de](mailto:E.Paulsen@BWI-Bau.de)  
<http://www.BWI-Bau.de>



## Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **VG Stuttgart, Urteil vom 17. Mai 2011, 13 K 3505/09**  
<http://tinyurl.com/PPP-News-13-11>

### **Anspruch auf Auskunft über einen vergebenen Auftrag**

Die Wehrbereichsverwaltung Süd schrieb 2006 einen Rahmenvertrag für diverse Büromaterialien aus. Die Klägerin, die sich erfolglos um den Auftrag beworben hatte, beantragte 2009 unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes Auskunft darüber, welche Produkte aufgrund des Rahmenvertrages in welcher Menge beschafft worden seien, und bat um Übersendung der entsprechenden Lieferanten-Reportings, diese allerdings ohne Angabe der Einzelpreise. Die Beklagte lehnte die Auskunftserteilung u.a. unter Hinweis auf das Vertraulichkeitsgebotes des § 22 Nr. 6 Abs. 1 Satz 1 VOL/A ab. Die Lieferanten-Reportings seien Geschäftsgeheimnisse des Auftragnehmers.

Das VG Stuttgart gab der Klage statt. Gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 IFG habe jeder nach Maßgabe dieses Gesetzes gegenüber den Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen. Bei den Lieferanten-Reporting, die die Beigeladene der Beklagten überlassenen habe, handele es sich um "amtliche" Informationen im Sinne von § 1 Abs. 1 IFG. Weiterhin habe das Vergaberecht keine verdrängende Spezialität i.S.d. § 1 Abs. 3 IFG, die den Rückgriff auf die allgemeine Norm sperre, da es nicht in gleicher Weise wie das IFG Regelungen "über den Zugang zu amtlichen Informationen" treffe. Auch der von der Beklagten weiter geltend gemachte Ausschlussgrund des § 6 Satz 2 IFG, nach der der Zugang zu Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen nur dann gewährt werden dürfe, soweit der Betroffene eingewilligt habe, sei nicht einschlägig. Da die Klägerin auf den Zugang zu den in den Lieferanten-Reportings enthaltenen Preisangaben und den weiteren Daten, die möglicherweise als geschützte Geschäftsgeheimnisse eingestuft werden könnten (Artikelnummern, Kundennummern) ausdrücklich verzichtet habe, sei ein berechtigtes Interesse der Beigeladenen an der Geheimhaltung der Lieferanten-Reportings nicht erkennbar.

Für PPP-Projekte ist es eher die Regel, dass über die lange Vertragsdauer weitere, im Ausgangsvertrag nicht beschriebene Leistungen beauftragt werden. Für den unterlegenen Bieter stellt sich die Frage, ob und welche Leistungen in vergaberechtlich zulässiger Form nachträglich beauftragt wurden. Dann wäre zu prüfen, ob diese zusätzlichen Leistungen aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen vom Hauptauftrag sich tatsächlich nicht trennen ließen, oder ob sie wirklich für die Vollenendung der im Ausgangsvertrag beschriebenen Leistung unbedingt erforderlich waren. Je nach Bundesland kann das Landesrecht weitergehende Ansprüche begründen. So entschied beispielsweise das VG Düsseldorf am 15. Oktober 2008 (vgl. PPP-Newsletter Nr. 20/2008 des BWI-Bau vom 24.10.2008), dass dem Anspruch gemäß § 4 Abs. 1 IFG NRW auf Information über die Höhe des mit dem beauftragten Beratungsunternehmens vereinbarten Honorars nicht der Einwand des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses entgegen gehalten werden könne.

Mütze Korsch Rechtsanwalts-gesellschaft mbH  
Rechtsanwalt Matthias Berger  
Trinkausstraße 7  
40213 Düsseldorf  
Tel. +49 211 – 88 29 29  
Fax +49 211 – 88 29 26  
Mobil +49 160 – 47 20 722  
[berger@mkrg.com](mailto:berger@mkrg.com)  
[www.mkrg.com](http://www.mkrg.com)

